



Die Senatorin für Kinder und Bildung · Rembertiring 8-12 · 28195 Bremen



Auskunft erteilt

Zimmer Nr. 311

Tel. 0421 361-  
Fax 0421 496-2958

E-Mail: @bil-  
dung.bremen.de

Datum und Zeichen  
Ihres Schreibens

Mein Zeichen  
(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 16.03.2022

### Ihre Anfrage nach § 7 Abs. 1. Bremisches Informationsfreiheitsgesetz

Sehr geehrte:r Toni Frank,

Ihren Antrag nach § 7 Abs.1 Bremisches Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG) auf Herausgabe der Erweiterten Bildungsreife-Aufgaben/ Abituraufgaben in dem Fach Politik für das Jahr 2020 lehne ich ab.

Nach § 1 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Bremen vom 26.05.2006 (zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.03.2019 (Brem.GBl. S. 55) – Bremer Informationsfreiheitsgesetz – im Folgenden: (BremIFG) hat jeder nach Maßgabe dieses Gesetzes gegenüber den Behörden des Landes, der Gemeinden und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts und deren Vereinigungen einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen.

Nach § 3 Nr.2 BremIFG besteht ein Anspruch auf Informationszugang nicht, wenn und solange das Bekanntwerden der Information die äußere oder die öffentliche Sicherheit gefährden kann.

Gegen eine Veröffentlichung und Herausgabe der von Ihnen gewünschten Aufgaben steht hier die öffentliche Sicherheit. Nach der Gesetzesbegründung zum Bremischen Informationsfreiheitsgesetz gehört zur öffentlichen Sicherheit die Unversehrtheit der grundlegenden Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates. So ist die Abnahme von Erweiterten Bildungsreifeprüfungen/ Abiturprüfungen als Veranstaltung des Staates zu sehen.

Die von Ihnen gewünschten Aufgaben stellen für mein Haus einen Fundus an Aufgaben dar, der nicht veröffentlicht werden soll, um Aufgaben für Nachprüfungen zur Verfügung zu haben. Dies betrifft regelmäßig die letzten 3 Kalenderjahre. Sofern diese Frist verstrichen ist, werden diese Aufgaben ebenfalls veröffentlicht. Damit wird die Abnahme der Erweiterten Bildungsreifeprüfungen/Abiturprüfungen chancengleich gewährleistet.

Dieser Bescheid ergeht kostenfrei.

Nach § 9 Absatz 1 Bremisches Informationsfreiheitsgesetz können Sie die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit anrufen, wenn Sie Ihr Recht auf Informationszugang nach diesem Gesetz als verletzt ansehen. Gegebenenfalls stehen die von Ihnen benötigten Unterlagen auch bereits auf unserer Homepage unter [Die Senatorin für Kinder und Bildung - Prüfungsunterlagen \(bremen.de\)](#) zur Verfügung.



Eingang:  
Rembertiring 8-12

Dienstgebäude:  
Rembertiring 8-12  
28195 Bremen

Bus / Straßenbahn:  
Haltestelle  
Hauptbahnhof

Sprechzeiten:  
montags bis freitags  
von 9:00 - 14:00 Uhr

Bankverbindungen:  
Norddeutsche Landesbank  
IBAN: DE 27 2905 0000 1070 1150 00  
Sparkasse Bremen  
IBAN: DE 73 2905 0101 0001 0906 53

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag



**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Verwaltungsgericht Bremen, Am Wall 198, 28195 Bremen schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Klage erhoben werden.



Eingang:  
Rembertiring 8-12

Dienstgebäude:  
Rembertiring 8-12  
28195 Bremen

Bus / Straßenbahn:  
Haltestelle  
Hauptbahnhof

Sprechzeiten:  
montags bis freitags  
von 9:00 - 14:00 Uhr

Bankverbindungen:  
Norddeutsche Landesbank  
IBAN: DE 27 2905 0000 1070 1150 00  
Sparkasse Bremen  
IBAN: DE 73 2905 0101 0001 0906 53